

Mahnwache gegen unwürdige Unterbringung

Halterner Demokratie-Forum macht sich in Recklinghausen für Menschenrechte stark.

Recklinghausen/Haltern. Ein breites Bündnis von Organisationen und Personen, die sich auch als Flüchtlingsbetreuer für Asyl- und Menschenrechte engagieren, will bis zur Landtagswahl in NRW am 22. Mai eine Serie von Mahnwachen abhalten. Die erste findet am 30. Oktober ab 11 Uhr auf dem Rathausplatz in Recklinghausen statt. Das Bündnis wendet sich „gegen alltägliche Menschenrechtsverletzungen in den 30 zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) des Landes, wie sie sich im Kreisgebiet auch an Standorten in Marl und Dorsten befinden“.

Die Initiatoren des Halterner Forums für Demokratie, Respekt und Vielfalt sowie des Asylkreises Haltern am See werden dabei regional unterstützt - unter anderem von der Kreisgruppe Amnesty International, der Recklinghäuser Gastkirche, von Pax Christi und der Organisation Seebücke sowie von der Attac-Regionalgruppe Recklinghausen.

Die Aktion verbindet sich mit der bundesweiten Initiative „No Lager – nowhere!“ Hermann Döbber und Dr. Marion Lillig vom Halterner Asylkreis bemängeln: „Die lagerähnliche Unterbringung bewirkt menschenunwürdige Lebensbedingungen der Geflüchteten.“ Auf Handzetteln und Plakaten werden Leiderfahrungen der ZUE-Bewohner präsentiert.

In einem „Wahlprüfstein“ zur Integrationspolitik stellen die Initiatoren mit Blick

auf die Landtagswahl fest: „Die lange Unterbringung Geflüchteter in Sammelunterkünften als lagerähnliche Einrichtungen mit rigorosen Hausordnungen und fehlender Privatsphäre verhindert nicht nur eine gezielte gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Sondern sie macht die oft traumatisierten Betroffenen auch krank, fördert die Isolation und setzt sie dort machtlos dem Fehlverhalten ihnen gegenüber aus. Hinzu kommen inakzeptable Gefährdungen während der Pandemie. Grundrechte werden verletzt oder außer Kraft gesetzt.“

Zu lange Bearbeitung von Asylanträgen

Weiter heißt es: „Zudem leben die Geflüchteten und ihre Kinder in ständiger Angst vor Abschiebungen oder vor dem langen perspektivlosen Verweilen, mit psychischen Folgen. Die ehrenamtliche Betreuung und Beratung wird erschwert. Das politische Versprechen der beschleunigten Bearbeitung von Asylanträgen infolge der zentralen Unterbringung wurde nicht eingehalten.“

Die Initiatoren der Mahnwache setzen sich „für eine verkürzte, dezentrale, menschenwürdige und grundgesetzkonforme Unterbringung der Geflüchteten ein. Die Betreuung der Geflüchteten und ihrer Kinder müsse deutlich verbessert und ihr Aufenthalt bis zur beschleunigten Asylentscheidung verkürzt werden.“